



Niederschrift

Finanzausschuss

20. Wahlperiode – 128. Sitzung

am Donnerstag, dem 12. März 2026, 10 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Christian Dirschauer (SSW), Vorsitzender

Michel Deckmann (CDU)

Peter Lehnert (CDU)

Ole-Christopher Plambeck (CDU)

Sönke Siebke (CDU)

Rasmus Vöge (CDU)

Oliver Brandt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dirk Kock-Rohwer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Beate Raudies (SPD)

Annabell Krämer (FDP)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Anhörung	
Modernes Arbeitszeitrecht auch für schleswig-holsteinische Beamtinnen und Beamte – Langzeitkonten jetzt einführen.....	4
Antrag der Fraktion des SSW Drucksache 20/3289	
2. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2026 (Nachtragshaushaltsgesetz 2026).....	10
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 20/4211	
Überweisungsschreiben der Landtagspräsidentin Umdruck 20/6286	
3. Situation Alleinerziehender und ihrer Kinder umfassend und nachhaltig verbessern.....	11
Antrag der Fraktion des SSW Drucksache 20/3057	
4. Entlastung des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein für das Haushaltsjahr 2023.....	12
5. Information/Kenntnisnahme.....	13
Umdruck 20/6267 – Verpflichtungsermächtigungen MSJFSIG Umdruck 20/6291 – Verwaltungsabkommen Trinkwasser	
6. Verschiedenes.....	14

Der Vorsitzende, Abgeordneter Dirschauer, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Nach § 17 Absatz 2 der Geschäftsordnung beschließt der Finanzausschuss einstimmig, Umdruck [20/6300](#) (UKSH Chefarztverträge) vertraulich zu behandeln und die Inhalte geheim zu halten.

1. Anhörung

Modernes Arbeitszeitrecht auch für schleswig-holsteinische Beamtinnen und Beamte – Langzeitkonten jetzt einführen

Antrag der Fraktion des SSW
Drucksache [20/3289](#)

(überwiesen am 19. Juni 2025)

hierzu: Umdrucke [20/5056](#), [20/5137](#), [20/5143](#), [20/5152](#), [20/5168](#),
[20/5172](#), [20/5197](#), [20/5210](#), [20/5288](#), [20/5911](#)

Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Landesverbände

Thorsten Karstens, Schleswig-Holsteinischer Gemeindetag

Herr Karstens teilt mit, maximal zehn Prozent der Bediensteten in den Kommunalverwaltungen seien Beamte. Wie der Bund und andere Bundesländer sollte auch Schleswig-Holstein den einzelnen Dienststellen ein Langzeitkonto ermöglichen. Die Dienststellen vor Ort müssten selbst entscheiden, ob sie ihren Beamtinnen und Beamten ein Langzeitkonto anböten und inwieweit das mit dem Dienstbetrieb vereinbar sei.

DGB Bezirk Nord

Olaf Schwede, Abteilungsleiter

Umdruck [20/5197](#)

Herr Schwede trägt die Stellungnahme des DGB vor, Umdruck [20/5197](#). Der DGB befürchte, dass Langzeitkonten unter den Bedingungen einer 41-Stunden-Woche eine Einladung zur Selbstausbeutung darstellten und mit erheblichen Gesundheitsrisiken verbunden sein könnten. Die Erfahrungen aus Hamburg seien eher abschreckend als ermutigend.

ver.di Nord

Johannes Dörband, Tarifkoordinator und Landesbeamtensekretär

Auch Herr Dörband hält die Einführung von Langzeitkonten nicht für das richtige Instrument zur Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Dienstes, insbesondere nicht unter den Bedingungen der in Schleswig-Holstein nach wie vor geltenden 41-Stunden-Woche. Die Arbeitszeit (§ 60 Absatz 1 des Landesbeamtengesetzes) sollte reduziert und die nicht mehr zeitgemäße Regelung in § 60 Absatz 3 des Beamtengesetzes gestrichen werden, weitere Flexibilisierungsinstrumente sollte das Landesbeamtengesetz nicht ermöglichen. In der letzten Tarifverhandlung hätten weder Arbeitgeber noch Gewerkschaften Interesse an einer entsprechenden Öffnungsklausel für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geäußert (TVöD § 10 Absatz 7). Schon jetzt könne man ein Arbeitszeitplus von bis zu 205 Stunden aufbauen. Um das zu erreichen, müsse ein Beamter ein Jahr lang 46,5 Stunden wöchentlich arbeiten. Eine derartige oder sogar darüber hinausgehende Mehrarbeit lehne man aus Gründen des Gesundheitsschutzes ab. Bei einer bundesweiten Befragung von ver.di im Jahr 2024 hätten 50 Prozent der befragten Beamtinnen und Beamten mit einer Wochenarbeitszeit von 41 oder mehr Stunden geantwortet, dass sie davon ausgingen, dass sie vor Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze in Pension gingen. 60 Prozent hätten die Befürchtung geäußert, dass sie angesichts der zunehmenden Arbeitsbelastung nicht mehr abschalten könnten und in ihrer Gesundheit gefährdet seien, insbesondere weil sie für fehlende Kolleginnen und Kollegen einspringen und zusätzliche Aufgaben übernehmen müssten.

dbb beamtenbund und tarifunion

Kai Tellkamp

Umdruck [20/5288](#)

Herr Tellkamp trägt die Stellungnahme des dbb vor, Umdruck [20/5288](#). Die Beamtinnen und Beamten wünschten sich Flexibilität und die Einführung von Langzeitkonten, sähen sie als ein Instrument zur Attraktivitätssteigerung und wollten – selbstverständlich unter Einhaltung des Arbeitsschutzes – selbst über die Gestaltung ihrer Arbeitszeit entscheiden, was in der Privatwirtschaft stärker der Fall sei als im öffentlichen Dienst. Auch er wiederholt die Forderung, die Arbeitszeit im Landesdienst zu reduzieren.

komba Gewerkschaft Schleswig-Holstein

Jens Paustian, Referent Personal und Betriebsversammlungen

Umdruck [20/5172](#)

Herr Paustian trägt die Stellungnahme von komba vor, Umdruck [20/5172](#). Auch er unterstützt die Initiative des SSW zur Einführung von Langzeitkonten, mit denen man verschiedenen Lebensphasen besser begegnen könne. Bei der Ausgestaltung des Langzeitkontos sei es wichtig, erworbene Ansprüche bei Dienstherrnwechsel rechtlich einwandfrei abzusichern.

Auf Fragen des Abgeordneten Brandt antwortet Herr Tellkamp, Mehrarbeit in bestimmten Phasen oder für Projekte könne Vorteile sowohl für den Arbeitgeber als auch für den Arbeitnehmer haben, wenn er die zusätzlichen Arbeitsstunden auf einem Konto ansparen und in einem selbst gewünschten Zeitraum abbauen könne. Das könne im Gegensatz zu einem Sabbatical zeitnah und ohne finanzielle Einbuße erfolgen. Es sei einfacher, einen Personalausfall aufzufangen, der durch bereits geleistete Arbeit zustande komme, als einen Personalausfall, der durch eine Krankheit zustande komme.

Nach Auffassung von Herrn Schwede reicht die bestehende Regelung mit 205 Plusstunden im Regelfall aus. Langzeitkonten könnten die Risikofaktoren, die zu Präsentismus führten, verstärken, und die Belastungen weiter vergrößern. Der nachvollziehbare Wunsch nach Arbeitszeitsouveränität und die Tatsache von Altruismus/Selbstaussbeutung kollidierten miteinander. Im Gegensatz zum Beamtenbund sehe der DGB bei der Einführung von Langzeitkonten mehr Gefahren als Chancen.

Zu der im letzten Jahr geschaffenen Öffnungsklausel im TVöD liegen nach Auskunft von Herrn Karstens noch keine Erfahrungen vor.

Herr Dörband weist darauf hin, dass die Regelung in § 10 Absatz 7 TVöD, Langzeitkonten durch Dienstvereinbarung zu ermöglichen, vor dem Hintergrund gesehen werden müsse, dass die Arbeitszeiten im Geltungsbereich des TVöD geringer seien und Langzeitkonten einfacher befüllt werden könnten.

Auf Fragen der Abgeordneten Raudies antwortet Herr Tellkamp, der Griff der Landesregierung in den Versorgungsfonds sei ein großer politischer Fehler, der sich unterm Strich aber nicht zulasten der Beamtinnen und Beamten auswirke, sondern zu einem Erschwernis der politischen Akteure führe. Selbstverständlich dürften auf Langzeitkonten angesparte Ansprüche nicht weggestrichen werden. Er wirbt für das in Hessen praktizierte Modell, die Höhe der Wochenarbeitszeit dadurch zu relativieren, dass automatisch eine Stunde pro Woche auf dem Langzeitkonto gutgeschrieben werde. Im kommunalen Bereich müssten stärker als bisher auf die Einhaltung der vorgegebenen Ruhezeiten geachtet, die sogenannte Sitzungsvergütungsverordnung aufgehoben und die Begleitung von Sitzungen kommunaler Gremien als Arbeitszeit gebucht werden. Konflikte im Team gebe es bereits heute, gerade im Zusammenhang mit Vertretungssituationen; es sei Aufgabe der Führungskräfte und des Personalrats, diese Konflikte zu lösen oder für einen Ausgleich zu sorgen.

Herr Schwede macht darauf aufmerksam, dass Beschäftigte, die nicht Vollzeit oder sogar darüber hinaus arbeiteten, bestimmte Verpflichtungen oder Gründe hätten, in Teilzeit zu arbeiten. Für diese Personengruppe könnte ein Langzeitkonto zwar attraktiv, aber gleichzeitig auch eine Falle sein. Ein Langzeitkonto erhöhe den Anreiz für Beamtinnen und Beamte, die sich oftmals sehr stark mit ihrer Tätigkeit identifizierten und ein hohes Sicherheitsbedürfnis hätten, Plusstunden anzusammeln. Bei der Ausgestaltung eines Langzeitkontos müssten unter anderem folgende Fragen geklärt werden: Wie werden die Ansprüche zum Beispiel bei Dienstherrenwechsel oder Tod gesichert? Soll das Langzeitkonto in Geld oder Zeit geführt werden? Welche Warnsysteme zum Gesundheitsschutz gibt es (Gespräch mit der Führungskraft)? Wie soll die Arbeit in der Phase des Abbaus des Langzeitkontos erledigt werden?

Herr Tellkamp unterstreicht das Prinzip der Freiwilligkeit – kein Beamter dürfe dazu verpflichtet werden, seine Arbeitszeit dauerhaft aufzustocken – und die Bedeutung des Gesundheitsschutzes. Es sei Aufgabe der Führungskräfte und des Personalrats, Fehlentwicklungen entgegenzuwirken.

GEW Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Schleswig-Holstein

Kerstin Quellmann, Co-Vorsitzende

Umdruck [20/5210](#)

Frau Quellmann trägt die Stellungnahme der GEW vor, Umdruck [20/5210](#). Sie wiederholt die Forderung der GEW, die Arbeitszeit der Lehrkräfte zu erfassen.

**Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Berufsbildenden Schulen
in Schleswig-Holstein**

Jan Oliver Schmidt, Vorstandsmitglied

Umdruck [20/5168](#)

Herr Schmidt trägt die Stellungnahme des Verbands der Lehrerinnen und Lehrer an Berufsbildenden Schulen vor, Umdruck [20/5168](#). Auch er mahnt an, die Arbeitszeit der Lehrkräfte zu erfassen und die Arbeitsbedingungen im Schuldienst attraktiver zu machen, um mit privaten Arbeitgebern besser konkurrieren zu können.

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands BSBD – Landesverband Schleswig-Holstein

Henry Malonn, Landesvorsitzender

Umdruck [20/5137](#)

Herr Malonn trägt die Stellungnahme des Bundes der Strafvollzugsbediensteten vor, Umdruck [20/5137](#). Er begrüßt den SSW-Antrag und plädiert für eine praxistaugliche Ausgestaltung, die die besonderen Anforderungen des Vollzugsdienstes berücksichtige.

Deutsche Steuergewerkschaft – Landesverband Schleswig-Holstein

Michael Jasper, Landesvorsitzender

Umdruck [20/5152](#)

Herr Jasper trägt per Video die Stellungnahme der Deutschen Steuergewerkschaft vor, Umdruck [20/5152](#). Lebensarbeitszeitmodelle/Langzeitkonten stärkten die Attraktivität des Arbeitgebers und seien ein probates Mittel zur Gewinnung und Bindung von Mitarbeitenden. In diesem Zusammenhang wirbt auch er für die Einführung des hessischen Modells, das von den Kolleginnen und Kollegen gut angenommen und gerade in Kombination mit Elternzeit oder Pension flexibel genutzt werde.

Verband des höheren Verwaltungsdienstes in Schleswig-Holstein e.V.

Meike Brandt, Vorsitzende

Umdruck [20/5143](#)

Frau Brandt trägt die Stellungnahme des Verbands des höheren Verwaltungsdienstes vor, Umdruck [20/5143](#). Sie macht darauf aufmerksam, dass Führungskräfte oftmals sehr kurzfristig qualitativ hochwertige Aufgaben erledigen müssten und Überstunden machten, die nicht verfallen dürften, sondern auf ein Langzeitarbeitskonto fließen sollten. Es kämen auch Kolleginnen und Kollegen aus anderen Bundesländern mit einem Langzeitarbeitskonto nach Schleswig-Holstein. Langzeitkonten dürften die Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt (des höheren Dienstes) nicht behindern.

Auf Fragen der Abgeordneten Raudies antwortet Herr Malonn, an der Verbindlichkeit des Dienstplans und der Planbarkeit solle nicht gerüttelt werden. Über Sabbaticals, Freistellungen oder die Verlängerung der Arbeitszeit sollten die Kolleginnen und Kollegen eigenverantwortlich entscheiden, die Dienststelle dürfe keinen (latenten) Druck auf die Beschäftigten ausüben, und das Land müsse ausreichend Ressourcen zur Verfügung stellen und vakante Stellen besetzen.

Herr Schmidt weist darauf hin, dass der Bildungsbereich stark von Beziehungsarbeit und Altruismus geprägt sei und das Land die vielfältigen Aufgaben der Lehrkräfte nicht vollständig vergüte beziehungsweise nicht ausreichend Personalressourcen zur Verfügung stelle.

**2. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes
2026
(Nachtragshaushaltsgesetz 2026)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache [20/4211](#)

Überweisungsschreiben der Landtagspräsidentin
Umdruck [20/6286](#)

Herr Albrecht, Senatsmitglied des Landesrechnungshofs, regt an, mit der Verabschiedung des Zukunftspakts II die Kreditobergrenze des UKSH von derzeit 2,2 Milliarden Euro anzupassen.

Einstimmig empfiehlt der Finanzausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf anzunehmen.

3. Situation Alleinerziehender und ihrer Kinder umfassend und nachhaltig verbessern

Antrag der Fraktion des SSW
Drucksache [20/3057](#)

(überwiesen am 22. Mai 2025 an den **Sozialausschuss** und den Finanzausschuss)

hierzu: Umdrucke [20/4986](#), [20/5026](#), [20/5124](#), [20/5127](#), [20/5128](#),
[20/5136](#), [20/5140](#), [20/5141](#), [20/5142](#), [20/5148](#), [20/5149](#), [20/5155](#),
[20/5156](#), [20/5161](#), [20/5163](#), [20/5166](#)

Einstimmig schließt sich der Finanzausschuss im Vorwege den Voten des federführenden Sozialausschusses an.

**4. Entlastung des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein für
das Haushaltsjahr 2023**

Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, dem Landesrechnungshof für das Haushaltsjahr 2023 Entlastung zu erteilen.

5. Information/Kenntnisnahme

Umdruck [20/6267](#) – Verpflichtungsermächtigungen MSJFSIG

Umdruck [20/6291](#) – Verwaltungsabkommen Trinkwasser

Der Ausschuss nimmt die aufgeführten Umdrucke zur Kenntnis.

6. Verschiedenes

Die nächste Finanzausschusssitzung findet am 16. April 2026 statt. Im Anschluss daran tagt der Beteiligungsausschuss zu Dataport.

Der Vorsitzende, Abgeordneter Dirschauer, schließt die Sitzung um 11:35 Uhr.

gez. Christian Dirschauer
Vorsitzender

gez. Ole Schmidt
Geschäfts- und Protokollführer